



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Die EU-Strategie für Generationengerechtigkeit

März 2026

Kurzanalyse aus Sicht der Stiftung für die Rechte zukünftiger
Generationen

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
www.generationengerechtigkeit.info

Mit der [Strategie für Generationengerechtigkeit](#) (auf Englisch verfügbar) legt die Europäische Kommission erstmals ein politisches Grundsatzpapier vor, das sich ausdrücklich mit der fairen Verteilung von Chancen und Lasten zwischen den Generationen beschäftigt. Die Strategie soll dazu beitragen, langfristiges Denken stärker in politische Entscheidungen zu integrieren und den Interessen der jungen Generation sowie zukünftiger Generationen mehr Gewicht zu geben.

Bei der Strategie handelt es sich um eine Mitteilung der Europäischen Kommission (wörtlich: ‚Communication‘) an das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union sowie weitere EU-Institutionen. Sie stammt aus dem neuen EU Ressort für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport mit Kommissar Glenn Micallef an der Spitze, dem jüngsten Mitglied der Kommission. Dieses Ressort war 2024 innerhalb der Kommission von Ursula von der Leyen geschaffen worden. Die Strategie ist das Endprodukt eines seit 2025 laufenden (also rund 6 Monate langen), teilweise partizipativen Prozesses innerhalb des Kommissariats. Das partizipative Element war die Einbindung eines [Europäischen Bürgerforums zur Generationengerechtigkeit](#), in das wiederum Beiträge von verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Akteuren einfließen. Dieser partizipative Ansatz sollte dazu beitragen, die Perspektiven von normalen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Generationen und aller Schichten stärker in politische Prozesse einzubeziehen ([siehe Blogbeitrag der SRzG vom 25.11.2025](#)).

Mitteilungen haben keinen unmittelbaren Gesetzescharakter, sondern formulieren politische Leitlinien und sollen strategische Orientierung für zukünftige politische Initiativen bieten. Rechtlich verbindliche Verpflichtungen entstehen daraus aber zunächst nicht. Der politische Stellenwert solcher Strategien sollte dennoch nicht unterschätzt werden. In der europäischen Politik dienen sie häufig als Ausgangspunkt für spätere Gesetzgebung oder für neue Programme und Initiativen. Somit prägen Strategiepapiere den politischen Diskurs, setzen thematische Prioritäten und strukturieren zukünftige politische Prozesse. Die EU-Strategie für Generationengerechtigkeit versteht sich nicht als eigenständiges Politikfeld, sondern als Leitprinzip für verschiedene Politikbereiche.

Die Strategie für Generationengerechtigkeit steht auch im Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen. Insbesondere knüpft sie an den [UN-Pakt für die Zukunft](#) sowie an die [UN-Erklärung zu zukünftigen Generationen](#) an, den die EU sowie ihre Mitgliedsstaaten beim UN-Zukunftsgipfel im Jahr 2024 unterzeichnet hatten.

Nachfolgend bewertet die SRzG die Strategie Kapitel für Kapitel, indem sie die Kernthesen zusammenfasst, konkrete Forderungen aufstellt oder Verbesserungsvorschläge präsentiert.

1. Einleitung: Ausgangslage und Problemstellung

- Die Strategie beginnt mit einer grundsätzlichen Feststellung: **Politische Entscheidungen wirken über lange Zeiträume hinweg.** Maßnahmen, die heute getroffen werden, prägen die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen.
- Die Kommission benennt dabei folgende Handlungsfelder: Wirtschaftlicher Wohlstand und Wohlergehen, ökologische Verantwortung, sozialer und territorialer Zusammenhalt, fiskalische Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe.
- Explizit wird das Ziel erwähnt, die Stimmen von jungen Menschen hörbarer werden zu lassen.
- Zugleich verweist die Strategie auf bestehende europäische Grundlagen. *Intergenerationelle Solidarität* (allerdings nicht *Intergenerationelle Gerechtigkeit*) beispielsweise wird bereits im *Vertrag über die Europäische Union* (Art. 3, 3) sowie in der *Grundrechtecharta* angesprochen.
- Die Strategie betont zudem, dass mehr als ein Drittel der EU Mitgliedsstaaten „zukünftige Generationen“ in ihren Verfassungen erwähnen und/oder „spezielle institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, die die Bedeutung der Sicherung der Chancen für zukünftige Generationen unterstreichen“.

Aus Sicht der SRzG:

- Für die SRzG enthält die Einleitung der Strategie mehrere wichtige positive Punkte. So erkennt die Kommission ausdrücklich an, dass politische Entscheidungen langfristige Auswirkungen haben und dass demokratische Systeme Mechanismen benötigen, um diese langfristigen Interessen angemessen zu berücksichtigen.
- Die oben zitierte Erwähnung von Verankerung von „zukünftigen Generationen“ auf Verfassungsebene hätte ausgeführt werden müssen. Durch die Formulierung in der Einleitung bleibt unklar, wie viele und welche Länder wirklich einen solchen Bezug in ihren Verfassungen aufgenommen haben.
- Relevant für Generationengerechtigkeit auf europäischer Ebene sind Politikbereiche, in denen die EU über weitreichende Kompetenzen verfügt. Dazu gehören vor allem:
 - Klima- und Umweltpolitik,
 - Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik,
 - Regulierung digitaler Märkte und Technologien,
 - Europäische Förder- und Strukturpolitik, und
 - Teile der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik.
- Gerade im Bereich der Klimapolitik, für den die EU über bedeutende regulatorische Instrumente verfügt, hat europäische Politik unmittelbare Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Entscheidungen über Emissionsreduktionen, Energiepolitik oder Investitionen in nachhaltige Infrastruktur bestimmen maßgeblich die Lebensbedingungen kommender Generationen. Demgegenüber liegen zentrale Instrumente der Umverteilung zwischen Generationen – etwa Steuerpolitik, Rentensysteme oder große Teile der Sozialpolitik, Wohnungsbau- und Mietpolitik – überwiegend in der

Verantwortung der Mitgliedstaaten. Maßnahmen in diesen Bereichen können auf europäischer Ebene nur begrenzt koordiniert werden. Dies hätte in der Einleitung erwähnt werden können.

2. Megatrends und veränderte Generationenverhältnisse

- Im zweiten Kapitel der Strategie richtet die Kommission den Blick auf **gesellschaftliche Veränderungen**, die das Verhältnis zwischen Generationen beeinflussen.
- Besonders hervorgehoben werden mehrere **langfristige** Trends. Dazu gehören der demografische Wandel, ökologische Herausforderungen (v.a. der Klimawandel), technologische Innovationen, wirtschaftliche Transformationen sowie gesellschaftliche Veränderungen im Bereich Bildung, Arbeit und sozialer Sicherungssysteme. Diese Entwicklungen verändern die Bedingungen, unter denen Menschen leben, arbeiten und alt werden.
- Die Strategie betont, dass diese Entwicklungen sowohl **Risiken** als auch **Chancen** mit sich bringen. Technologischer Fortschritt kann beispielsweise neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen und Produktivität steigern. Gleichzeitig kann er jedoch auch zu strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen und bestehende Unsicherheiten verstärken.
- Eine zentrale Rolle spielt der **demografische Wandel**. In vielen europäischen Ländern steigt die Lebenserwartung, während gleichzeitig die Geburtenraten sinken. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen erwerbstätiger Bevölkerung und Menschen im Ruhestand. Diese Entwicklung stellt insbesondere soziale Sicherungssysteme sowie Gesundheits- und Pflegesysteme vor langfristige Herausforderungen. Die *Strategie* gibt dem ganzen aber auch einen positiven Spin: „Durch Investitionen in lebenslanges Lernen, flexible Arbeitsmodelle und altersfreundliche Gemeinschaften kann der demografische Wandel zu einer Chance für alle Generationen werden.“
- Die Strategie weist zudem auf **Veränderungen im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt** hin. Junge Menschen verfügen heute im Durchschnitt über höhere Bildungsabschlüsse als frühere Generationen. Gleichzeitig verlaufen Erwerbsbiografien häufig weniger stabil als in der Vergangenheit. Befristete Beschäftigung, unsichere Übergänge zwischen Ausbildung und Beruf sowie strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt prägen zunehmend die frühen Lebensphasen vieler junger Menschen.
- Ein weiteres Thema ist die **Wohnsituation junger Menschen**. In vielen europäischen Städten sind die Wohnkosten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Dies erschwert insbesondere jungen Menschen den Zugang zu eigenem Wohnraum und verzögert teilweise den Übergang in unabhängige Lebensphasen.
- Neben wirtschaftlichen Faktoren weist die Strategie auch auf **psychologische und soziale Herausforderungen** hin. Studien zeigen, dass viele junge Menschen heute mit erhöhtem Stress, Unsicherheit und Zukunftsängsten konfrontiert sind. Die Folgen der Pandemie sowie wirtschaftliche Unsicherheiten haben diese Entwicklungen teilweise verstärkt.

- Gleichzeitig werden auch **Herausforderungen älterer Menschen** thematisiert, etwa im Bereich Pflege, der Altersarmut sowie der gesellschaftlichen Teilhabe im höheren Lebensalter. Im gleichen Absatz wird auch gesagt, dass Frauen ein höheres relatives Armutsrisiko im Alter haben.
- Die Kommission betont durchweg, dass Veränderungen sowohl Chance als auch Risiko sein können, und dass es in unserer Hand liegt.

Aus Sicht der SRzG:

- Die Analyse der Megatrends und strukturellen Veränderungen ist differenziert und greift zentrale Herausforderungen moderner Gesellschaften auf.
- Es wäre jedoch eine stärkere Betonung der politischen Ursachen intergenerationaler Ungleichgewichte wünschenswert gewesen. Viele der genannten Herausforderungen entstehen nicht ausschließlich durch strukturelle Veränderungen, sondern auch durch politische Entscheidungen in verschiedenen Politikfeldern.

3. The cost of non-action/Die Kosten politischer Untätigkeit

- Im dritten Kapitel richtet die Strategie den Blick auf die **möglichen Folgen, wenn langfristige Perspektiven in politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt werden**.
- Die Kommission argumentiert, dass politische Systeme strukturell dazu neigen, **kurzfristige Entscheidungen** zu begünstigen. Wahlzyklen, politische Anreizstrukturen und öffentliche Aufmerksamkeit führen häufig dazu, dass jene Maßnahmen bevorzugt werden, deren Nutzen kurzfristig sichtbar ist. Langfristige Risiken und Kosten werden dagegen leichter in die Zukunft **verschoben**.
- Diese **kurzfristige Perspektive** kann nach Einschätzung der Kommission erhebliche **wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Kosten** verursachen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der Klimapolitik. Verzögerte politische Maßnahmen erhöhen langfristig sowohl die wirtschaftlichen Schäden als auch die Kosten notwendiger Anpassungsmaßnahmen.
- Darüber hinaus hebt die *Strategie* hervor, dass **Chancen nicht nur über Generationen, sondern auch über Regionen und soziale Gruppenzugehörigkeiten ungleich verteilt sind**. Unterschiede nach Geschlecht, Behinderung, sozialer Herkunft oder Wohnort können die Chancen verschiedener Generationen erheblich beeinflussen. Frauen übernehmen beispielsweise weiterhin einen großen Teil unbezahlter Sorgearbeit und sind im Alter häufiger von geringeren Renten betroffen. Menschen mit Behinderungen stehen häufig vor strukturellen Barrieren beim Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe.
- Neben ökologischen Risiken verweist die Strategie auch auf wirtschaftliche und soziale Folgen kurzfristiger Politikgestaltung. Fehlende Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder Innovation können langfristig Wachstumspotenziale schwächen und

damit die wirtschaftlichen Handlungsspielräume zukünftiger Generationen einschränken.

- Darüber hinaus weist die Strategie auf **politische Konsequenzen** hin. Wenn Menschen sich einsam und unterrepräsentiert fühlen, so kann dies das Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Entscheidungsprozesse schwächen. Studien zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereits heute Zweifel an der Fairness gesellschaftlicher Chancenstrukturen äußern.
- Generationengerechtigkeit ist neben einem moralischen Anliegen noch viel mehr eine **Vorraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft und die langfristige Legitimität demokratischer Institutionen**.

Aus Sicht der SRzG:

- Die Kommission beschreibt in diesem Abschnitt präzise ein **grundlegendes strukturelles Problem moderner Demokratien** und erkennt klar an, dass **politische Untätigkeit langfristige Kosten erzeugt und dass diese Kosten häufig zukünftige Generationen treffen**.
- Besonders überzeugend ist die **Verknüpfung von ökologischen, wirtschaftlichen und demokratischen Perspektiven**. Generationengerechtigkeit (und der Ausgleich von Ungerechtigkeiten innerhalb einer Generation) wird hier nicht ausschließlich als moralisches Anliegen beschrieben, sondern als strukturelle Voraussetzung für langfristige wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Insgesamt liefert dieses Kapitel damit eine überzeugende Begründung dafür, warum langfristige Perspektiven stärker in politische Entscheidungsprozesse integriert werden müssen.

4. Der neue „Intergenerational Contract“

- Im vierten Kapitel entwickelt die Strategie einen **konzeptionellen Rahmen** für Generationengerechtigkeit. Die EU-Kommission spricht in diesem Zusammenhang von einem erneuerten „**Generationenvertrag**“. Ein zentraler Gedanke davon ist die **Neudefinition der Grundlagen, auf denen das Miteinander verschiedener Generationen basiert**.
- Dieser Vertrag soll auf drei grundlegenden Prinzipien beruhen:
 - (1) **Fair policymaking → faire politische Entscheidungsprozesse**
 - (2) **Fair opportunities → faire Chancen über den Lebensverlauf**
 - (3) **Fair places → faire Lebensbedingungen in verschiedenen Regionen**

Das Ziel von 4 (1) ist es, langfristige Auswirkungen politischer Entscheidungen systematischer zu berücksichtigen. Es werden sechs konkrete Vorhaben benannt, die die Kommission direkt umsetzen kann, z.B. bis Anfang 2028 einen „**intergenerational fairness strategy progress report**“ zu veröffentlichen. Die weiteren Maßnahmen sind Programme zur Förderung von Zukunftskompetenzen in öffentlichen Verwal-

tungen („**Futures Literacy**“), die Fortführung und Weiterentwicklung von Prüfungen politischer Initiativen auf ihre Auswirkungen für junge Menschen („**Youth Check**“), die Erstellung einer „**Longevity Roadmap**“, um strategische Chancen für ein längeres, gesundes und finanziell abgesichertes Leben für alle Altersgruppen zu identifizieren, sowie einen Bericht zu „Fair Digital Futures.“ Die Strategie verweist dabei auch auf bestehende Instrumente der europäischen Politikgestaltung, darunter strategische **Vorausschau, Folgenabschätzungen und öffentliche Konsultationen**. Diese Instrumente, z.B. das „**Futures Balance Tool**“ sollen dazu beitragen, politische Entscheidungen auf eine breitere Wissensbasis zu stellen.

- Es werden im gleichen Abschnitt auch vorbildhafte Zukunfts-Institutionen aufgezählt, namentlich das *Committee for the Future* in Finnland, das *National Office of Foresight and Strategy* in Spanien und den *Guardian of Future Generations* in Malta.
- Auch für die Aufwertung der Jugend als eigenständiger Altersgruppe zählt Abschnitt 4 (1) zahlreiche Positiv-Beispiele aus den Mitgliedsstaaten auf, um die Forderung nach einem eigenen Jugend-Check für die EU-Gesetzgebung zu untermauern.
- Der zweite Schwerpunkt des „Generationenvertrags“ betrifft den Abbau struktureller Barrieren und die Sicherung fairer Chancen über verschiedene Lebensphasen hinweg. In 4 (2) wird also die Wichtigkeit von Chancengleichheit hervorgehoben. Vulnerable und benachteiligte Gruppen sollen, unabhängig vom Alter, besondere Förderung erfahren. Auch die Frage der Verteilung von Reichtum wird adressiert: „Generationengerechtigkeit kann nur dann bestehen, wenn eine gerechte Verteilung des von der Gesellschaft geschaffenen Reichtums stattfindet.“ Maßgeblich geht es dabei in 4 (2) um Fragen der Weitergabe von strukturellen Ungleichheiten über Generationen hinweg, etwa durch große Erbschaften.
- Die Strategie betont, dass Lebensbedingungen in frühen Lebensphasen häufig entscheidend für spätere Chancen sind. Ungleichheiten, die in der Kindheit entstehen, können sich über den gesamten Lebensverlauf hinweg verstärken. Deshalb hebt die Strategie die Bedeutung von **Bildung, sozialer Sicherheit, gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Beteiligung junger Menschen** hervor.
- Auch in 4 (2) kündigt die Kommission sechs konkrete Maßnahmen an, die in ihrem Kompetenzbereich liegen, zuvorderst die Entwicklung eines *Intergenerational Fairness Index*. Zudem soll das Engagement von Bürgern, vor allem von Jüngeren, „geboostet“ werden, und zwar a) durch intergenerationelle Dialoge, b) eine Europäische Jugendwoche zu Solidarität und Fairness 2026 sowie c) den Tag der Generationengerechtigkeit (dazu mehr unten).
- Auch in 4 (2) werden Positiv-Beispiele aus den Mitgliedsstaaten benannt, etwa das *Promising Start Programme* aus den Niederlanden oder das *Calico Projekt* aus Belgien.
- Unterabschnitt 4 (3) wird eingeleitet mit den Worten: „Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird nicht nur durch Alter, Geschlecht und sozioökonomischen Hintergrund, sondern auch durch den Wohnort geprägt.“ Es wird ausgeführt, dass der Geburtsort (innerhalb der EU) über die Startchancen mitentscheiden könne und dass

deshalb eine territoriale Initiative in eine Strategie für Generationengerechtigkeit mit aufgenommen werden müsse.

- Regionale Unterschiede betreffen unter anderem den **Zugang zu Bildung, Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung und kulturellen Angeboten**. In vielen europäischen Regionen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen sowie zwischen wirtschaftlich starken und strukturschwachen Regionen.
- Die Strategie argumentiert, dass diese Unterschiede langfristige Auswirkungen auf Generationengerechtigkeit haben können. Wenn junge Menschen ihre Heimatregionen aufgrund mangelnder Perspektiven verlassen müssen, entstehen nicht nur individuelle Nachteile, sondern auch **strukturelle Ungleichgewichte** zwischen Regionen.
- Vor diesem Hintergrund schlägt die Strategie mehrere Maßnahmen vor, darunter **Initiativen zur Förderung regionaler Entwicklung, Programme zur Stärkung lokaler Gemeinschaften sowie Projekte zur Förderung intergenerationaler Begegnungen in kulturellen und sozialen Einrichtungen**.
- Auch in diesem Unterabschnitt kündigt die Kommission konkrete Maßnahmen an, teilweise gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen. Sie listet zudem Positiv-Beispiele aus Mitgliedsstaaten auf, etwa das *European Heritage Volunteers Programme*, oder das *Projekt Phōnē*.

Aus Sicht der SRzG:

- Dieser Abschnitt geht mehr als die vorangegangenen auf die **konkreten Maßnahmen** ein, die die EU vollziehen will. Implizit folgt die Kommission der Definition der SRzG, dass es zwei Arten von Generationengerechtigkeit gibt, **zwischen heutigen und künftigen Menschen, und zwischen den jeweils Jungen und jeweils Alten**. Für beides schlägt die Kommission Maßnahmen für mehr Generationengerechtigkeit vor.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen im ersten Schwerpunkt, also in 4 (1), gehen grundsätzlich in die richtige Richtung, denn sie adressieren das zentrale Problem, dass politische Entscheidungsprozesse häufig stark auf kurzfristige Zeiträume ausgerichtet sind. Allerdings hängt die Wirksamkeit dieser Instrumente maßgeblich davon ab, ob sie tatsächlich in politische Entscheidungen integriert werden. Instrumente wie die der **strategischen Vorausschau oder der Folgenabschätzungen existieren auf europäischer Ebene bereits**, entfalten bisher jedoch nur **begrenzte Wirkung**,
- Gleichzeitig bleibt die *Strategie* in 4 (1) hinter den Forderungen des Bürgerforums zurück, [denn dieses hatte die Einrichtung eines unabhängigen „Rat für Generationengerechtigkeit“ mit zwei Kammern auf EU-Ebene gefordert](#). Diese Forderung wird auch von der SRzG geteilt, findet sich aber nicht in der Strategie.
- Der zweite Schwerpunkt des „Generationenvertrags“ betrifft wie erwähnt die Sicherung fairer Chancen über verschiedene Lebensphasen hinweg. Besonders wichtig für die SRzG ist der Satz innerhalb von 4 (2) c: „Die Kommission wird rund um den 16.

November als Tag der Generationengerechtigkeit Bewusstsein bilden.“ Damit wir der Tag der Generationengerechtigkeit, den die SRzG schon seit Jahren fordert, gewürdigt, wenn auch verklausuliert und an wenig prominenter Stelle. Dennoch: Die Empfehlung, den **16. November als Tag der Generationengerechtigkeit festzuhalten**, ist bemerkenswert. Der [Tag der Generationengerechtigkeit \(auf Englisch: „Intergenerational Fairness Day“\)](#) wurde [von der SRzG ins Leben gerufen](#), um das **Bewusstsein für langfristige Verantwortung zwischen Generationen und gegenüber zukünftigen Generationen zu stärken**. Dass diese Initiative nun auch in einer europäischen Strategie aufgegriffen wird, ist als Erfolg zu bezeichnen

- Die Idee eines Index für Generationengerechtigkeit ist gut, aber nicht neu. In der Literatur existieren schon diverse Versionen. Hier bleibt das Ergebnis der Kommission abzuwarten. Wenn die richtigen Indikatoren ausgewählt werden, so kann der **„Intergenerational Fairness Index“ der EU** künftig einen wichtigen Beitrag zur politischen Debatte leisten. Generationengerechtigkeit wird häufig abstrakt diskutiert. Indikatoren können dazu beitragen, langfristige Entwicklungen systematisch zu beobachten und zu quantifizieren. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass viele relevante Politikbereiche – etwa Bildungssysteme oder Rentenpolitik – überwiegend in der **Verantwortung der Mitgliedstaaten** liegen. Der Index kann daher nicht zur Beurteilung der EU-Politik dienen.
- Interessant, aber konzeptionell durchaus fraglich, ist die territoriale Dimension 4 (3). Während Generationengerechtigkeit die Verteilung von Chancen und Ressourcen über Zeiträume hinweg betrifft, beziehen sich regionale Ungleichheiten primär auf Unterschiede zwischen verschiedenen geografischen Räumen. Regionale Disparitäten können Generationengerechtigkeit beeinflussen, sollten jedoch analytisch nicht vollständig mit ihr gleichgesetzt werden. Gerade in Deutschland sind aus geschichtlichen Gründen die Unterschiede zwischen den alten Bundesländern und der ehemaligen DDR immer noch groß. Die SRzG hat bisher dennoch nicht im Rahmen ihrer Forderungen für mehr Generationengerechtigkeit eine Erhöhung des Länderfinanzausgleichs gefordert. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob die EU-Strategie hier nicht inter- und intragenerationelle Gerechtigkeitsdimensionen etwas zu stark vermischt. Zumindest in der Literatur zu Generationengerechtigkeit werden beide Dimensionen analytisch getrennt.
- Die in 4 (3) vorgeschlagenen Maßnahmen der Strategie konzentrieren sich vor allem auf Dialogformate und Austauschprogramme. Für die langfristige Entwicklung strukturschwacher Regionen sind jedoch insbesondere wirtschaftliche und infrastrukturelle Investitionen entscheidend. Hier verfügt die Europäische Union auch schon mit ihren Kohäsions- und Strukturfonds über relevante Instrumente.
- Last but not least betreffen die drei Teilsegmente *des neuen Generationenvertrags* verschiedene politische Zuständigkeiten. Es liegen de facto viele Instrumente zur Verbesserung sozialer Chancen oder regionaler Entwicklung primär bei den Mitglied-

staaten oder regionalen Akteuren. Hier hat die EU begrenzte Möglichkeiten (die sie aber konsequent nutzen will).

5. Mainstreaming in der EU-Politik

- Im weiteren Verlauf betont die Strategie, dass **Generationengerechtigkeit kein eigenständiges Politikfeld sein soll, sondern als Leitprinzip in alle bestehenden Politikbereiche integriert werden muss.**
- Die Kommission verweist vor allem auf folgende Politikbereiche:
 - **wirtschaftliche und industrielle Entwicklung**
 - **Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**
 - **Bildungs- und Forschungspolitik**
 - **Klima- und Umweltpolitik**
 - **Digitalisierung und technologische Innovation**
- Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf **wirtschaftlicher Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit**. Die Strategie argumentiert, dass langfristiger Wohlstand eine wichtige Voraussetzung für Generationengerechtigkeit darstellt. Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft könne dazu beitragen, stabile Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen in Zukunftstechnologien zu ermöglichen. Gleichzeitig müsse wirtschaftliches Wachstum so gestaltet werden, dass natürliche Ressourcen nicht in einer Weise genutzt werden, die zukünftige Generationen benachteiligt.
- Auch **soziale Sicherungssysteme** werden als wichtiger Bestandteil langfristiger gesellschaftlicher Stabilität beschrieben. Gut ausgestaltete Sozial- und Bildungssysteme können dazu beitragen, Chancen über den Lebensverlauf hinweg auszugleichen und soziale Mobilität zu fördern. Gleichzeitig betont die Strategie, dass soziale Leistungen langfristig finanzierbar bleiben müssen und daher mit fiskalischer Nachhaltigkeit in Einklang stehen sollten.
- Ein weiterer zentraler Politikbereich ist die **Klima- und Umweltpolitik**. Entscheidungen über Emissionsreduktionen, Energiepolitik und den Schutz natürlicher Ressourcen haben unmittelbare Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels und zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen werden daher als zentrale Elemente intergenerationeller Verantwortung dargestellt.
- Darüber hinaus hebt die Strategie die Bedeutung der **digitalen Transformation** hervor. Technologische Innovationen können wirtschaftliche Chancen eröffnen und Produktivität steigern. Gleichzeitig können sie neue Ungleichheiten entstehen lassen, etwa im Zugang zu digitalen Kompetenzen oder technologischer Infrastruktur.

Aus Sicht der SRzG:

- Der Ansatz, **Generationengerechtigkeit als Querschnittsprinzip** zu verstehen, ähnlich wie Gender Mainstreaming, entspricht der Tatsache, dass langfristige Auswirkungen politischer Entscheidungen in vielen unterschiedlichen Politikfeldern entstehen. Insbesondere in Bereichen wie Klima- und Umweltpolitik, Innovations- und Industrie-

politik oder digitaler Regulierung verfügt die Europäische Union über bedeutende Gestaltungsmöglichkeiten, die langfristige Chancenstrukturen maßgeblich beeinflussen können.

- Der Mainstreaming-Ansatz stellt jedoch **hohe Anforderungen** an institutionelle Koordination. Wenn ein politisches Leitprinzip in einer Vielzahl von Politikbereichen berücksichtigt werden soll, besteht die Gefahr, dass Verantwortlichkeiten **unklar** bleiben und das Thema zwar rhetorisch präsent ist, aber nur begrenzte praktische Wirkung entfaltet.
- **Entscheidend für die Wirksamkeit des Ansatzes ist daher, ob Generationengerechtigkeit tatsächlich systematisch in bestehende Entscheidungs- und Bewertungsprozesse integriert wird.**

6. Fazit/Next Steps

- Die Strategie zur Generationengerechtigkeit versteht sich ausdrücklich als **langfristiger politischer Prozess**. Die Kommission betont, dass die Integration intergenerationaler Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse **schrittweise** erfolgen soll. Verschiedene Initiativen sollen in den kommenden Jahren **weiterentwickelt** und erprobt werden. Ein **Fortschrittsbericht Anfang 2028** soll eine erste **Bewertung der Umsetzung** ermöglichen.
- Darüber hinaus **unterstreicht die Strategie die Bedeutung institutioneller Zusammenarbeit**. Viele Politikbereiche, die für Generationengerechtigkeit relevant sind, liegen nicht ausschließlich in der Zuständigkeit der Europäischen Union. Eine wirksame Umsetzung erfordert daher eine enge Abstimmung zwischen europäischen Institutionen, Mitgliedstaaten, regionalen Akteuren sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- Die Strategie betont außerdem die **Rolle zivilgesellschaftlicher Beteiligung**. Initiativen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sollen dazu beitragen, langfristige Perspektiven stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.
- Die Kommission fordert das Europäische Parlament und den Rat der EU auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Rollen zu prüfen, wie generationenübergreifende Aspekte stärker in die Politikgestaltung einbezogen werden können. Die EU-Mitgliedstaaten werden ermutigt, langfristiges Denken weiterhin im Einklang mit ihren nationalen Gegebenheiten und Zuständigkeiten in die öffentliche Entscheidungsfindung einzubinden und das Bewusstsein für verschiedene Aspekte der Generationengerechtigkeit zu stärken.

Fazit/Gesamtbewertung aus Sicht der SRzG:

- Die Strategie stellt einen wichtigen Schritt dar, weil sie Generationengerechtigkeit **erstmalig systematisch als politisches Leitprinzip europäischer Politik formuliert**. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass langfristige Perspektiven nicht auf ein-

zelne Politikbereiche beschränkt werden, sondern als Querschnittsaufgabe verstanden werden.

- Darüber hinaus **greift die Strategie mehrere zentrale Empfehlungen auf, die im Rahmen des Europäischen Bürgerforums zur Generationengerechtigkeit erarbeitet wurden.** Dazu gehören insbesondere:
 - Die stärkere Berücksichtigung langfristiger Auswirkungen politischer Entscheidungen
 - Die Entwicklung eines „**Intergenerational Fairness Index**“ zur Beobachtung langfristiger Entwicklungen
 - Neue **Beteiligungsformate zur Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern** sowie jüngerer Generationen in politische Diskussionen
 - Die verstärkte öffentliche Sichtbarkeit von Generationengerechtigkeit, etwa durch Initiativen rund um den „**Intergenerational Fairness Day**“
- Gleichzeitig bleiben **zentrale Empfehlungen des Bürgerforums in der Strategie unberücksichtigt.** Besonders auffällig ist das Fehlen bestimmter institutioneller Reformvorschläge zur systematischen Vertretung zukünftiger Generationen in politischen Entscheidungsprozessen.
 - Eine der wichtigsten Empfehlungen des Bürgerforums war die Einrichtung eines **unabhängigen „Council for Intergenerational Fairness“ auf EU-Ebene.** Dieses Gremium sollte nach den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger aus zwei Komponenten bestehen: **einem wissenschaftlichen Expertengremium sowie einem Bürgerrat** aus zufällig ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern. Ziel wäre gewesen, die Interessen zukünftiger Generationen dauerhaft in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und politische Entscheidungen stärker an langfristigen Auswirkungen auszurichten. Ein solcher institutioneller Mechanismus findet sich in der Strategie nicht wieder.
 - Auch andere Empfehlungen des Bürgerforums zur Stärkung demokratischer Repräsentation jüngerer Generationen wurden nicht aufgegriffen. Dazu gehört insbesondere die Diskussion über eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre**, die im Bürgerforum als möglicher Ansatz zur Verbesserung der politischen Repräsentation jüngerer Generationen diskutiert wurde.
- Diese Zurückhaltung überrascht, da gerade Fragen institutioneller Repräsentation zentral für die langfristige Verankerung von Generationengerechtigkeit in politischen Entscheidungsprozessen sind.
- Die Strategie setzt **auf eine schrittweise Integration langfristiger Perspektiven in bestehende politische Prozesse, auch wenn sie zurückhaltend ist bei der Schaffung neuer Institutionen.**
- Ein Politikfeld, das nur am Rande vorkommt, ist die Fiskalpolitik. Dieses Politikfeld war zwar auch schon beim Europäischen Bürgerforum und seinen 24 Empfehlungen stiefmütterlich behandelt worden. Aber es hätte aus Sicht der SRzG in der *Strategie* eine größere Rolle verdient gehabt. Lange bevor die Umwelt- und Klimakrise im

Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit thematisiert wurde, wurde bereits über **das generationengerechte Ausmaß staatlicher Schulden** diskutiert. Hier verweist die Strategie nur in Fußnoten auf mehrere Berichte, die 2027 und 2028 erscheinen sollen. Dabei hätte die EU hier durchaus Grund zum Eigenlob: Der EU-Haushalt beruht laut den Verträgen auf dem Grundsatz, dass Ausgaben und Einnahmen die Waage halten müssen. Gleichzeitig fließt der EU-Haushalt hauptsächlich in Investitionen. Wir finden also bei diesem supranationalen Gebilde tatsächlich den **Idealzustand eines Balanced Budgets mit gleichzeitig hoher Investitionsquote**.

Schlussfolgerung

Mit der Strategie zur Generationengerechtigkeit setzt die Europäische Kommission ein wichtiges politisches Signal. Sie erkennt an, dass langfristige Verantwortung ein zentraler Bestandteil moderner Politik sein muss. Gleichzeitig bleibt die Strategie in institutioneller Hinsicht vorsichtig. Sie formuliert Leitprinzipien und neue Analyseinstrumente, vermeidet jedoch weitgehend strukturelle Reformen politischer Entscheidungsprozesse. Aus Sicht der SRzG stellt die Strategie daher einen sehr wichtigen, lobenswerten Schritt dar. Entscheidend wird jedoch sein, ob es gelingt, die formulierten Prinzipien in konkrete Politik zu übersetzen. Ob Europa tatsächlich zu einer Vorreiterrolle bei der institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit wird, hängt letztlich davon ab, ob langfristiges Denken dauerhaft in politische Entscheidungsprozesse integriert wird.